



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für
Verkehr, Innovation und Technologie

208/ME

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefax (01) 713 03 26
Telefax (01) 71162/1599 (Verkehrspolitik)
Telefax (01) 71162/4499 (Verkehrsarbeitsinspektorat)
E-mail: post@bmvi.gv.at
X.400: C=AT;A=GV;P=BMV;S=POST
Homepage: www.bmv.gv.at
DVR: 0000175

GZ. 17501/11-PR4/01

Sachbearbeiter/in: KLADE
Tel.: (01) 711 62 DW 7414

Betreff: Euro-Umstellungsgesetz Verkehr, Innovation und Technologie (EUGVIT);

Aussendung zur Begutachtung

An

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
die Parlamentsdirektion
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
das Bundeskanzleramt – Verfassungsdienst
das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport
das Bundesministerium für Inneres
das Bundesministerium für Landesverteidigung
das Bundesministerium für Finanzen
das Bundesministerium für Justiz
das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
das Büro von Frau Vizekanzler Dr. RIESS-PASSER
das Büro von Herrn Staatssekretär MORAK
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. FINZ
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. WANECK
das Büro von Frau Staatssekretärin ROSSMANN
alle Sektionen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie
das Präsidium der Finanzprokuratur
die Statistik Österreich
die Österreichischen Bundesbahnen - Generaldirektion
die Österreichische Post AG - Generaldirektion
die Telekom Austria AG
das Amt der Wiener Landesregierung
das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
das Amt der Burgenländischen Landesregierung
das Amt der Salzburger Landesregierung
das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
das Amt der Tiroler Landesregierung
das Amt der Vorarlberger Landesregierung
das Amt der Kärntner Landesregierung
die Verbindungsstelle der Bundesländer
den Österreichischen Gemeindebund
den Österreichischen Städtebund
die Wirtschaftskammer Österreich
die Bundesarbeitskammer

die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
die Vereinigung Österreichischer Industrieller
den Österreichischen Gewerkschaftsbund
den Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringclub - ÖAMTC
den Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreich - ARBO
die Rundfunk und Telekom RegulierungsGmbH
die Telekom-Control-Kommission
den Innovations- und Technologiefonds beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (ITF) z.H. Herrn Dkfm. Günther Kahler
den Forschungsförderungsfonds für die Gewerbliche Wirtschaft (FFF)
den Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF)
die Donau Transport Entwicklungsgesellschaft mbH (DTE) z.H. Herrn Geschäftsführer Mag. Manfred Seitz
das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GesmbH

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie übermittelt den Entwurf eines Euro-Umstellungsgesetzes Verkehr, Innovation und Technologie samt Vorblatt und Erläuterungen und ersucht um allfällige Stellungnahme bis spätestens

25. Mai 2001.

Sollte zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme vorliegen, so wird angenommen, dass der Entwurf keinen Anlass zu Bemerkungen gibt.

Entsprechend einer EntschlieÙung des Nationalrates wird ersucht, 25 Abschriften einer allfälligen Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln und das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie davon in Kenntnis zu setzen. Im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 12. November 1998, GZ 600.614/8-V/2/98, wird um zusätzliche Übermittlung der allfälligen Stellungnahme per e-mail an begutachtungsverfahren@parlament.gv.at gebeten.

Wien, am 20. April 2001

Für die Frau Bundesminister:

Dr. Brigitte Raicher-Siegl

Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Fink

Entwurf

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 1997, das Flugunfall-Untersuchungs-Gesetz, das Flughafen-Bodenabfertigungsgesetz, das Tiertransportgesetz-Luft, das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996, die Straßenverkehrsordnung 1960, das Tiertransportgesetz-Straße, das Führerscheingesetz, das Güterbeförderungsgesetz 1995, das Kraftfahrgesetz 1967, die 3. KFG-Novelle, die 4. KFG-Novelle, das Gefahrgutbeförderungsgesetz, das Eisenbahngesetz 1957, das Tiertransportgesetz-Eisenbahn, das Hochleistungsstreckengesetz, das Bundesgesetz zur Errichtung einer „Brenner Eisenbahn GmbH“, das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz, das Bundesbahngesetz 1992, das Eisenbahnbeförderungsgesetz, das Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs, das Schifffahrtsgesetz, das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Binnenschiffsverkehr auf Wasserstraßen, das Bundesgesetz über die Seeschifffahrt, das Bundesgesetz zur Erfüllung des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens, das Seeschiffahrts-Erfüllungsgesetz, das Marchfeldkanalgesetz, das Telekommunikationsgesetz, das Amateurfunkgesetz, das Funker-Zeugnisgesetz, das Fernsprechentgeltzuschussgesetz, das Postgesetz, das Bundesgesetz über die Verkehrs-Arbeitsinspektion, das Forschungs- und Technologieförderungsgesetz, das Innovations- und Technologiefondsgesetz, das Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung und das Bundesgesetz zur Übertragung der Donau Transport Entwicklungsgesellschaft m.b.H. an den Bund geändert werden (Euro-Umstellungsgesetz Verkehr, Innovation und Technologie – EUGVIT)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bundesgesetzes über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 1997

Das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 1997 (BGzLV 1997), BGBl. I Nr. 101/1997, wird wie folgt geändert:

1. Im § 16 werden der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 630 Euro“ und der Betrag „100 000 S“ durch den Betrag „7 267 Euro“ ersetzt.

2. Im § 18 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 16 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft“

Artikel 2

Änderung des Flugunfall-Untersuchungs-Gesetzes

Das Flugunfall-Untersuchungs-Gesetz (FIUG), BGBl. I Nr. 105/1999, wird wie folgt geändert:

1. Im § 15 Abs. 2 wird der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 630 Euro“ ersetzt.

2. Im § 20 werden die Beträge „300 000 S (21 801,85 Euro)“ durch den Betrag „21 800 Euro“ ersetzt.

3. Im § 23 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die §§ 15 Abs. 2 und 20 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 3

Änderung des Flughafen-Bodenabfertigungsgesetzes

Das Flughafen-Bodenabfertigungsgesetz (FBG), BGBl. I Nr. 97/1998, wird wie folgt geändert:

1. Im § 7 Abs. 2 Z 4 wird der Betrag „600 Millionen Schilling“ durch den Betrag „43 603 700 Euro“ ersetzt.

2. Der bisherige Text des § 15 wird als „Abs. 1“ bezeichnet. Danach wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) § 7 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 4

Änderung des Tiertransportgesetzes-Luft

Das Tiertransportgesetz-Luft (TGLu), BGBl. Nr. 152/1996, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 42/1998, wird wie folgt geändert:

1. Im § 18 Abs. 4 wird der Betrag „10 000 S“ durch den Betrag „726 Euro“ ersetzt.

2. Im § 19 Abs. 1 werden der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 630 Euro“, der Betrag „70 000 S“ durch den Betrag „5 000 Euro“ und der Betrag „1 000 S“ durch den Betrag „72 Euro“ ersetzt.

3. Im § 22 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die §§ 18 Abs. 4 und 19 Abs. 1 jeweils in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 5

Änderung des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes 1996

Das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996, BGBl. Nr. 112, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/1999, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt, und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 15 Abs. 1	100 000	7 267
§ 15 Abs. 2	5 000	360
§ 15 Abs. 4	5 000	360
§ 15a	20 000	1 450

2. Nach § 21 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 15 Abs. 1, 2 und 4 und § 15a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 6**Änderung der Straßenverkehrsordnung 1960**

Die Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 142/2000, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 99 Abs. 1	16 000	1 160
§ 99 Abs. 1	80 000	5 800
§ 99 Abs. 1a	12 000	870
§ 99 Abs. 1a	60 000	4 360
§ 99 Abs. 1b	8 000	580
§ 99 Abs. 1b	50 000	3 630
§ 99 Abs. 2	500	36
§ 99 Abs. 2	30 000	2 180
§ 99 Abs. 2a	3 000	218
§ 99 Abs. 2a	30 000	2 180
§ 99 Abs. 2b	10 000	726
§ 99 Abs. 3	10 000	726
§ 99 Abs. 4	1 000	72
§ 100 Abs. 3	18 000	1 300
§ 100 Abs. 5a	500	36

2. Nach § 103 Abs. 2d wird folgender Abs. 2e angefügt:

„(2e) § 99 Abs. 1 bis 4 und § 100 Abs. 3 und 5a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 7**Änderung des Tiertransportgesetzes-Straße**

Das Tiertransportgesetz-Straße BGBl. Nr. 411/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/1999, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 16 Abs. 1	5 000	360
§ 16 Abs. 1	1 000	72
§ 16 Abs. 2	3 000	218
§ 16 Abs. 2	10 000	726
§ 16 Abs. 3	10 000	726
§ 16 Abs. 3	50 000	3 630
§ 16 Abs. 5	10 000	726

2. Nach § 20 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) § 16 Abs. 1, 2, 3 und 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 8

Änderung des Führerscheingesetzes

Das Führerscheingesetz, BGBl. I Nr. 120/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 25/2001, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 37 Abs. 1	500	36
§ 37 Abs. 1	30 000	2180
§ 37 Abs. 3	5 000	360
§ 37 Abs. 4	10 000	726
§ 37 Abs. 6	1 000	72
§ 37 Abs. 7	10 000	726
§ 37a	3 000	218
§ 37a	50 000	3630

2. Nach § 43 Abs. 8 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) § 37 Abs. 1, § 37 Abs. 3, § 37 Abs. 4, § 37 Abs. 6, § 37 Abs. 7 und § 37a, jeweils in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2001, treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 9

Änderung des Güterbeförderungsgesetzes 1995

Das Güterbeförderungsgesetz 1995, BGBl. Nr. 593, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 17/1998 wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt, und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 9 Abs. 2a	230	16
§ 23 Abs. 1	100 000	7 267
§ 23 Abs. 2 1. Satz	5 000	360
§ 23 Abs. 2 2. Satz	20 000	1 450
§ 24	20 000	1 450

2. Der bisherige Text des § 28 enthält die Absatzbezeichnung (1). Als neuer Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 9 Abs. 2a, § 23 Abs. 1, § 23 Abs. 2 1. Satz, § 23 Abs. 2 2. Satz und § 24, jeweils in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2001, treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 10

Änderung des Kraftfahrgesetzes 1967

Das Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 146/1998, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 40a Abs. 4	10 000	726
§ 40b Abs. 7	480	34
§ 41 Abs. 3a	800	58
§ 48a Abs. 3	2 000	145
§ 48a Abs. 4	200	14
§ 57a Abs. 1	400	29
§ 129 Abs. 1	37 500	2 725
§ 134 Abs. 1	30 000	2 180
§ 134 Abs. 3	500	36
§ 134 Abs. 3b 1. Satz	300	21
§ 134 Abs. 3b 2. Satz	1 000	72
§ 134 Abs. 4	10 000	726

2. § 40b Abs. 8 zweiter Satz lautet:

„Bei der Berechnung der jeweiligen neuen Beträge ist auf jeweils volle 10 Cent-Beträge auf- oder abzurunden.“

3. Nach § 135 Abs. 7 wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) § 40a Abs. 4, § 40b Abs. 7 und 8, § 41 Abs. 3a, § 48a Abs. 3 und 4, § 57a Abs. 1, § 129 Abs. 1, § 134 Abs. 1, 3, 3b und 4, jeweils in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2001, treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 11

Änderung der 3. KFG-Novelle

Das Bundesgesetz vom 7. Juli 1976, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert (3. KFG-Novelle) und zivilrechtliche Bestimmungen über den Gebrauch von Sicherheitsgurten getroffen werden, BGBl. Nr. 352/1976 idF BGBl. Nr. 253/1984 und BGBl. Nr. 458/1990, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
Art. III Abs. 5 1. Satz	100	7
Art. III Abs. 5 2. Satz	300	21

2. Nach Art. III Abs. 6 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Art. III Abs. 5 in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2001, tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 12

Änderung der 4. KFG-Novelle

Das Bundesgesetz vom 30. November 1977, mit dem das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geändert wird (4. KFG-Novelle) und zivilrechtliche Bestimmungen über den Gebrauch von Sturzhelmen getroffen werden, BGBl. Nr. 615/1977 idF BGBl. I Nr. 93/1998, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften wird die Abkürzung „S“ durch die Abkürzung „€“ ersetzt und an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge treten die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge:

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
Art. IV Abs. 5 1. Satz	300	21
Art. IV Abs. 5 2. Satz	1 000	72

2. Nach Art. IV Abs. 6 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Art. IV Abs. 5 in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2001, tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 13

Änderung des Gefahrgutbeförderungsgesetzes (GGBG)

Das Gefahrgutbeförderungsgesetz, BGBl. I Nr. 145/1998, in der Fassung der GGBG-Novelle 1999, BGBl. I Nr. 108/1999 wird wie folgt geändert:

1.

In den in Spalte 1 angeführten Bestimmungen des GGBG treten an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge und an die Stelle der Währungsbezeichnung "S" die Währungsbezeichnung "Euro":

Spalte 1 Bestimmung des GGBG	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 5 Abs. 8 Z 1	5.000	363
§ 5 Abs. 8 Z 2	2.500	181
§ 8 Abs. 10	1.500	109
§ 9 Abs. 4 Z 1 lit. A	1.200	87
§ 9 Abs. 4 Z 1 lit. B	2.400	174
§ 9 Abs. 4 Z 2	2.400	174
§ 11 Abs. 7	8 000	581
§ 14 Abs. 8	4.000	290
§ 27 Abs. 1	10.000 bis 600.000	726 bis 43.603
§ 27 Abs. 2	1.000 bis 50.000	72 bis 3.633
§ 27 Abs. 2	5.000 bis 50.000	363 bis 3.633
§ 27 Abs. 4	Bis 100.000	bis 7.267
§ 27 Abs. 4	Bis 30.000	Bis 2.180

2. Nach Art. IV Ziffer 2 wird folgende Ziffer 3 angefügt:

„3. § 5 Abs. 8 Z 1 und Z 2, § 8 Abs. 10, § 9 Abs. 4 Z 1 lit. A und B, § 9 Abs. 4 Z 2, § 11 Abs. 7, § 14 Abs. 8, § 27 Abs. 1, 2 und 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 14

Änderung des Eisenbahngesetzes 1957

Das Eisenbahngesetz 1957, BGBl. Nr. 60, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 166/1999, wird wie folgt geändert:

1. Im § 86 werden im Abs. 1 und 3 der Betrag „10 000 S“ durch den Betrag „726 Euro“, im Abs. 2 der Betrag „30 000 S“ durch den Betrag „2 180 Euro“ und im Abs. 6 Z 3 der Betrag „500 S“ durch den Betrag „36 Euro“ ersetzt.

2. In den §§ 87 und 88 Abs. 1 und 2 wird der Betrag „100 000 S“ durch den Betrag „7 267 Euro“, und im § 88 Abs. 3 der Betrag „500 000 S“ durch den Betrag „36 336 Euro“ ersetzt.

3. Dem § 96 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 86 Abs. 1 bis 3 und 6 Z 3, § 87 und § 88 Abs. 1 bis 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 15

Änderung des Tiertransportgesetzes-Eisenbahn

Das Tiertransportgesetz-Eisenbahn, BGBl. I Nr. 43/1998, wird wie folgt geändert:

1. Im § 19 Abs. 1, 2 und 3 wird der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 633 Euro“, der Betrag „70 000 S“ durch den Betrag „5 087 Euro“ und der Betrag „1 000 S“ durch den Betrag „72 Euro“ ersetzt.

2. Im § 19 Abs. 4, 5 und 6 wird der Betrag „10 000 S“ durch den Betrag „726 Euro“, der Betrag „15 000 S“ durch den Betrag „1 090 Euro“ und der Betrag „1 000 S“ durch den Betrag „72 Euro“ ersetzt.

3. Der bisherige Text des § 21 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 19 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 16

Änderung des Hochleistungsstreckengesetzes

Das Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 81/1999, wird wie folgt geändert:

1. Im § 7 Abs. 1 wird der Betrag „sechs Millionen Schilling“ durch den Betrag „436 037,01 Euro“ ersetzt.

2. Der bisherige Text des § 17 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 7 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 17

Änderung des Bundesgesetzes zur Errichtung einer „Brenner Eisenbahn GmbH“

Das Bundesgesetz zur Errichtung einer „Brenner Eisenbahn GmbH“, BGBl. Nr. 502/1995, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 81/1999, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 1 wird der Betrag „fünf Millionen Schilling“ durch den Betrag „363 364,17 Euro“ ersetzt.

2. Der bisherige Text des § 9 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 1 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 18

Änderung des Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetzes

Das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 26/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 wird der Betrag „10 Millionen Schilling“ durch den Betrag „726 728,34 Euro“ ersetzt.
2. Im § 3a Abs. 1 und 4 wird der Betrag „23 000 Millionen Schilling“ durch den Betrag „1 671 475 185,86 Euro“ ersetzt.
3. Im § 6 wird im Abs. 1 der Betrag „12 Milliarden Schilling“ durch den Betrag „872 074 010,01 Euro“, und im Abs. 2 der Betrag „83 000 Millionen Schilling“ durch den Betrag „6 031 845 235,93 Euro“ und der Betrag „10 000 Millionen Schilling“ durch den Betrag „726 728 341,68 Euro“ ersetzt.
4. Der bisherige Text des § 13 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:
„(2) § 1, § 3a Abs. 1 und 4 und § 6 Abs. 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 19

Änderung des Bundesbahngesetzes 1992

Das Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 26/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 6 wird die Wortfolge „3,695 Milliarden Schilling (268 526 122,25 Euro)“ durch die Wortfolge „268 526 122,25 Euro“ ersetzt.
2. Im § 21 Abs. 6 Z 3 wird der Betrag „12 000 S“ durch den Betrag „872 Euro“ ersetzt.
3. Dem § 25 wird folgender Abs. 8 angefügt:
„(8) § 2 Abs. 6 und § 21 Abs. 6 Z 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 20

Änderung des Eisenbahnbeförderungsgesetzes

Das Eisenbahnbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 180/1988, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 15/1998, wird wie folgt geändert:

1. In den §§ 29 Abs. 8, 76 Abs. 3 und 105 Abs. 2 wird der Betrag „200 S“ durch den Betrag „14 Euro“ ersetzt.
2. Dem § 116 wird folgender Abs. 3 angefügt:
„(3) § 29 Abs. 8, § 76 Abs. 3 und § 105 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 21

Änderung des Bundesgesetzes über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs

Das Bundesgesetz über den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr 1999, BGBl. I Nr. 204, wird wie folgt geändert:

1. Im § 24 wird im Abs. 2 der Betrag „20 Millionen Schilling“ durch den Betrag „1 453 456,68 Euro“ ersetzt.
2. Im § 26 wird im Abs. 3 der Betrag „80 Millionen Schilling“ durch den Betrag „5 813 826,73 Euro“ ersetzt.
3. Im § 34 wird der Betrag „1 Schilling“ durch den Betrag „0,07 Euro“ ersetzt.
4. Der bisherige Text des § 38 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:
„(2) § 24 Abs. 2, § 26 Abs. 3 und § 34 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 22

Änderung des Schifffahrtsgesetzes

Das Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (Schifffahrtsgesetz), BGBl. I Nr. 62/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/1998, wird wie folgt geändert:

1. In den in Spalte 1 angeführten Rechtsvorschriften treten an die Stelle der in Spalte 2 angeführten Schillingbeträge die jeweils in Spalte 3 angeführten Eurobeträge und an die Stelle der Währungsbezeichnung "S" die Währungsbezeichnung "Euro":

Spalte 1 Rechtsvorschrift	Spalte 2 Betrag in Schilling	Spalte 3 Betrag in Euro
§ 42 Abs. 1	1.000	72
	50 000	3600
§ 72 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600
§ 88 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600
§ 97 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600
§ 114 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600
§ 138 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600
§ 147 Abs. 1	1 000	72
	50 000	3600

2. Dem § 149 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) § 42 Abs. 1, § 72 Abs. 1, § 88 Abs. 1, § 97 Abs. 1, § 114 Abs. 1, § 138 Abs. 1 und § 147 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 23

Änderung des Bundesgesetzes über den zwischenstaatlichen Binnenschiffsverkehr auf Wasserstraßen

Das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Binnenschiffsverkehr auf Wasserstraßen, BGBl.Nr. 143/1983, wird wie folgt geändert:

1. § 6 der Einleitungsteil lautet:

„§ 6. Einer Verwaltungsübertretung macht sich schuldig und ist mit einer Geldstrafe bis zu 7 267 Euro zu bestrafen, wer“

2. Nach § 8 wird folgender § 9 angefügt:

„§ 9 Inkrafttreten

§ 6 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 24

Änderung des Bundesgesetzes über die Seeschifffahrt

Das Bundesgesetz über die Seeschifffahrt (Seeschifffahrtsgesetz), BGBl.Nr. 174/1981, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 692/1992, wird wie folgt geändert:

1. § 54 Abs. 1 lautet:

„(1) Einer Verwaltungsübertretung, auch wenn die Tat im Ausland begangen wurde, macht sich schuldig und ist mit einer Geldstrafe bis zu 2 180 Euro zu bestrafen, wer gegen die Vorschriften dieses Bundesgesetzes oder der auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen verstößt.“

2. Dem § 59 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 54 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 25**Änderung des Bundesgesetzes zur Erfüllung des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens**

Das Bundesgesetz zur Erfüllung des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens, BGBl. Nr. 274/1982, wird wie folgt geändert:

1. *§ 11 Abs. 1 der Einleitungsteil lautet:*

„(1) Einer Verwaltungsübertretung, auch wenn die Tat im Ausland begangen wurde, macht sich schuldig und ist mit einer Geldstrafe bis zu 2 180 Euro zu bestrafen, wer“

2. *Dem § 12 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:*

„(3) § 11 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 26**Änderung des Seeschiffahrts-Erfüllungsgesetzes-SSEG**

Das Bundesgesetz zur Erfüllung internationaler Seeschiffahrts-Übereinkommen (Seeschiffahrts-Erfüllungsgesetz-SSEG), BGBl. Nr. 387/1996, wird wie folgt geändert:

1. *§ 16 Abs. 1 der Einleitungsteil lautet:*

„(1) Sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, begeht, auch wenn die Tat im Ausland begangen wird, eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 7 267 Euro zu bestrafen, wer“

2. *Dem § 17 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:*

„(4) § 16 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 27**Änderung des Marchfeldkanalgesetzes**

Das Bundesgesetzes über die Schaffung einer Gesellschaft zur Errichtung eines Marchfeldkanalsystems (Marchfeldkanalgesetz), BGBl. Nr. 507/1985, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 495/1990, wird wie folgt geändert:

1. *§ 3 Abs. 1 der Einleitungsteil lautet:*

„(1) Die Mittel zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, werden bis zur Höhe von 207 844 305,72 Euro aufgebracht.“

2. *Dem § 17 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:*

„(3) § 3 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 28**Änderung des Telekommunikationsgesetzes**

Das Telekommunikationsgesetz, BGBl. I Nr. 100/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 32 /2001, wird wie folgt geändert:

1. *In § 30 Abs. 2 wird der Betrag von „250 Millionen S“ durch den Betrag von „18.168.208 Euro“ ersetzt.*

2. *In § 104 Abs. 1 wird der Betrag von „50.000 S“ durch den Betrag von „3.633 Euro“ ersetzt.*

3. *In § 104 Abs. 2 wird der Betrag von „100.000 S“ durch den Betrag von „7.267 Euro“ ersetzt.*

4. *In § 104 Abs. 3 wird der Betrag von „500.000 S“ durch den Betrag von „36.336 Euro“ ersetzt.*

5. *Dem § 128 wird folgender Abs. 4 angefügt:*

„(4) Die Bestimmungen des § 30 Abs. 2 und § 104 Abs. 1 bis 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 29 **Änderung des Amateurfunkgesetzes**

Das Amateurfunkgesetz, BGBl. I Nr. 25/1999, wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Abs. 1 wird der Betrag von „10.000 S“ durch den Betrag von „726 Euro“ ersetzt.
2. In § 27 Abs. 2 wird der Betrag von „30.000 S“ durch den Betrag von „2.180 Euro“ ersetzt.
3. In § 27 Abs. 3 wird der Betrag von „50.000 S“ durch den Betrag von „3.633 Euro“ ersetzt.
4. Dem § 32 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Bestimmungen des § 27 Abs. 1 bis 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 30 **Änderung des Funker-Zeugnisgesetzes**

Das Funker-Zeugnisgesetz, BGBl. I Nr. 26/1999, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 1 wird der Betrag von „50.000 S“ durch den Betrag von „3.633 Euro“ ersetzt.
2. In § 20 Abs. 2 wird der Betrag von „10.000 S“ durch den Betrag von „726 Euro“ ersetzt.
3. Dem § 24 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Bestimmungen des § 20 Abs. 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 31 **Änderung des Fernsprechentgeltzuschussgesetzes**

Das Fernsprechentgeltzuschussgesetz, BGBl. I Nr. 142/2000, wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Abs. 2 wird der Betrag von „750 Millionen S“ durch den Betrag von „54.504.625,63 Euro“ ersetzt.
2. Dem § 16 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Bestimmung des § 10 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 32 **Änderung des Postgesetzes**

Das Postgesetz, BGBl. I Nr. 18/1998, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 26/2000, wird wie folgt geändert:

1. In § 29 Abs. 1 wird der Betrag von „300.000 S“ durch den Betrag von „21.801 Euro“ ersetzt.
2. Nach § 36 wird folgender § 37 samt Überschrift angefügt:

„Inkrafttreten

§ 37. Die Bestimmung des § 29 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 33 **Änderung des Bundesgesetzes über die Verkehrs-Arbeitsinspektion**

Das Bundesgesetz über die Verkehrs-Arbeitsinspektion, BGBl. Nr. 650/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 15/1998, wird wie folgt geändert:

1. In § 24 Abs. 1 werden der Betrag von „500 S“ durch den Betrag von „36 Euro“, der Betrag von „1 000 S“ durch den Betrag von „72 Euro“ und der Betrag von „50 000 S“ durch den Betrag von „3 633 Euro“ ersetzt.
2. Dem § 25 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Bestimmung des § 24 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 34**Änderung des Forschungs- und Technologieförderungsgesetzes**

Das Forschungs- und Technologieförderungsgesetz (FTFG), BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 48/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 11a Abs. 2 wird der Betrag „zwei Milliarden Schilling“ durch den Betrag „145 345 668,34 Euro“, der Betrag „50 Millionen Schilling“ durch den Betrag „3 633 641,71 Euro“ und der Betrag „100 Millionen Schilling“ durch den Betrag „7 267 283,42 Euro“ ersetzt.
2. Im § 11a Abs. 3 wird der Betrag „1,5 Milliarden Schilling“ durch den Betrag „109 009 251,25 Euro“ ersetzt.
3. Nach § 27b wird folgender § 27c eingefügt:

„§ 27c. § 11a Abs. 2 und 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001, treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 35**Änderung des Innovations- und Technologiefondsgesetzes**

Das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG), BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 26/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 1 Z 1 wird der Betrag „8 Milliarden Schilling“ durch den Betrag „581 382 673,34 Euro“ ersetzt.
2. Im § 6 Abs. 1 wird der Betrag „70 Mio. S“ durch den Betrag „5 087 098,39 Euro“ ersetzt.
3. Nach § 6b wird folgender § 6c eingefügt:

„§ 6c. § 2 Abs. 1 Z 1 und § 6 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001, treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 36**Änderung des Bundesgesetzes über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Das Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 15/1997, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 2 wird der Betrag „1 Million Schilling“ durch den Betrag „72 672,83 Euro“ ersetzt.
2. Der bisherige § 18 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und es wird folgender Abs. 2 angefügt:
„(2) § 1 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001, tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 37**Änderung des Bundesgesetzes zur Übertragung der Donau Transport Entwicklungsgesellschaft m.b.H. an den Bund**

Das Bundesgesetz zur Übertragung der Donau Transport Entwicklungsgesellschaft m.b.H. an den Bund, BGBl. I Nr. 142/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 wird der Betrag „5 240 805,25 S“ durch den Betrag „380 864,17 Euro“ ersetzt.
2. Nach § 3 wird folgender § 4 samt Überschrift angefügt:

Inkrafttreten

„§ 4. (1) Dieses Bundesgesetz ist am 30. Dezember 2000 in Kraft getreten.

(2) § 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2001, tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Vorblatt

Probleme:

Mit der physischen Einführung des Euro am 1. Jänner 2002 wird der Euro mit seiner Untereinheit Cent die alleinige Währung in den Teilnehmerstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion sein. Gemäß Art. 14 der Verordnung Nr. 974/98 des Rates über die Einführung des Euro sind Bezugnahmen auf nationale Währungseinheiten in Rechtsvorschriften, die am 31. 12. 2001 bestehen, automatisch als solche auf die Euro-Einheit zu verstehen. Bei der Umrechnung sind die Umrechnungs- und Rundungsregeln der Verordnung Nr. 1103 des Rates über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro anzuwenden.

Aus Gründen der Rechtsklarheit und Praktikabilität sollen jedoch Gesetze und Verordnungen, die Schilling-Beträge oder Schilling-Verweise enthalten, auf Euro-Beträge und Euro-Verweise umgestellt werden. Außerdem ist es in den meisten Fällen nicht opportun, eine bloße Umrechnung und Rundung des Schilling-Betrages auf volle Cent-Beträge vorzunehmen. Vielmehr sind einige Euro-Beträge auch zu glätten, um ihre Anwendbarkeit zu erleichtern oder überhaupt zu ermöglichen. Eine solche Glättung ist nur im Wege einer Neufestsetzung des Betrages in Euro möglich.

Im vorliegenden Gesetzesentwurf wird aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Übersichtlichkeit die Änderung eines Großteils der im Ressortbereich betroffenen Gesetze im Wege einer Sammelnovelle vorgenommen. Nicht erfaßt sind die Gesetze des Bereiches Bundesstraßen, da dort bereits alle Euro-Umstellungen abgeschlossen sind. Weiters ist die Euro-Umstellung der in den Zuständigkeitsbereich der Obersten Behörde für den gewerblichen Rechtsschutz fallenden Gebühren und Entgelte ausgenommen, da für diese derzeit eine Neukonzeption in Vorbereitung ist (Patentamts- und Gebührennovelle 2000), mit der gleichzeitig auch die erforderliche Euro-Umstellung erfolgen wird.

Lösung:

Umrechnung, Rundung und Glättung aller derzeit in Gesetzen enthaltenen Schilling-Beträge und Schilling-Verweise.

Alternativen:

Theoretisch ja (siehe oben unter Probleme), im Hinblick auf die Bedeutung für die Öffentlichkeit praktisch keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Glättung der von Schilling in Euro umgerechneten Beträge erfolgt insgesamt gesehen aufkommensneutral.

EU-Konformität:

Ist gegeben.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

Erläuterungen Besonderer Teil

Zu Art. 1 (Änderung des Bundesgesetzes über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 1997), Art. 2 (Änderung des Flugunfall-Untersuchungsgesetzes), Art. 3 (Änderung des Flughafen-Bodenabfertigungsgesetzes) und Art. 4 (Änderung des Tiertransportgesetzes-Luft):

Aus Gründen der Transparenz bzw. der Praktikabilität sollen im BGzLV 1997, im FIUG, im FBG und im TGLu jeweils die Schilling-Beträge in Euro-Beträge umgestellt werden. Einige Euro-Beträge sollen dabei geglättet werden, um ihre Anwendbarkeit zu erleichtern.

Zu Art. 5 (Änderung des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes 1996), Art. 6 (Änderung der Straßenverkehrsordnung 1960), Art. 7 (Änderung des Tiertransportgesetzes-Straße):

Technisch bedingte Betragsglättungen im Zuge der Umstellung der Schilling-Beträge auf Euro-Beträge als Folge der physischen Einführung des Euro.

Zu Art. 8 (Änderung des Führerscheingesetzes), Art. 9 (Änderung des Güterbeförderungsgesetzes 1995), Art. 10 (Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes 1967), Art. 11 (Änderung der 3. KFG-Novelle) und Art. 12 (Änderung der 4. KFG-Novelle):

Technisch bedingte Betragsglättungen im Zuge der Umstellung der Schilling-Beträge auf Euro-Beträge als Folge der physischen Einführung des Euro.

Zu Art. 14 (Änderung des Eisenbahngesetzes 1957):

Zu Z 1 und 2 (§§ 86, 87 und 88):

Die Geldbeträge wurden aus Praxisgründen auf volle Euro-Beträge abgerundet.

Zu Art. 15 (Änderung des Tiertransportgesetzes-Eisenbahn):

Zu Z 1 (§ 19):

Die Geldbeträge wurden aus Praxisgründen auf volle Euro-Beträge abgerundet.

Zu Art. 16 (Änderung des Hochleistungsstreckengesetzes), Art. 17 (Änderung des Bundesgesetzes zur Errichtung einer „Brenner Eisenbahn GmbH“), Art. 18 (Änderung des Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetzes), Art. 19 (Änderung des Bundesbahngesetzes 1992) und Art. 20 (Änderung des Eisenbahnbeförderungsgesetzes):

Diese Bundesgesetze enthaltenen vor allem Geldbeträge betreffend die Höhe des Grund- und Stammkapitals von Gesellschaften, die Höhe zulässiger Ausgaben sowie die Höhe von Haftungsbeträgen, sodass hier unter Heranziehung der Rundungsregeln eine genaue Umrechnung von Schillingbeträgen auf Euro-Beträge vorgenommen wurde.

Zu Art. 21 (Änderung des Bundesgesetzes über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs):

Dieses Bundesgesetz enthält in erster Linie Geldbeträge für eine allfällige Förderung von Verkehrsdienstleistungen durch den Bund, sodass hier unter Heranziehung der Rundungsregeln eine genaue Umrechnung von Schillingbeträgen auf Euro-Beträge vorgenommen wurde.

Zu Art. 27 (Änderung des Marchfeldkanalgesetzes):

Zu Z 1 (§ 3 Abs. 1 Einleitungsteil):

Der genannte Betrag basiert auf Punkt 4 der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG vom 19. September 1985, geändert und ergänzt am 12. April 1990 - Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund), vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik, und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems -, deren Abschluss vom Nationalrat gemäß BGBl. Nr. 508/1985 und BGBl. Nr. 494/1990 verfassungsmäßig genehmigt wurde, und bedarf daher der exakten Währungsumrechnung.

Zu Art. 28 (Änderung des Telekommunikationsgesetzes), Art. 29 (Änderung des Amateurfunkgesetzes), Art. 30 (Änderung des Funker-Zeugnisgesetzes), Art. 31 (Änderung des Fernsprechentgeltzuschussgesetzes) und Art. 32 (Änderung des Postgesetzes):

Technisch bedingte Betragsglättungen im Zuge der Umstellung der Schilling-Beträge auf Euro-Beträge als Folge der physischen Einführung des Euro.

Zu Art. 34 (Änderung des Forschungs- und Technologieförderungsgesetzes), Art. 35 (Änderung des Innovations- und Technologiefondsgesetzes), Art. 36 (Änderung des Bundesgesetzes über das Österreichische Forschungs- und Prüfcentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung) und Art. 37 (Änderung des Bundesgesetzes zur Übertragung der Donau Transport Entwicklungsgesellschaft m.b.H. an den Bund):

Die Umrechnung erfolgt durch den in der Verordnung (EG) Nr. 2866/98 festgelegten Umrechnungskurs unter Rundung auf einen Cent.